



02.12.2004

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt,

- 1. in Zusammenarbeit mit dem Ausländerbeirat eine unabhängige Studie über die Situation illegalisierter und von Illegalisierung bedrohter Menschen in Darmstadt in Auftrag zu geben.**
- 2. zu prüfen, welche Möglichkeiten bestehen die gesundheitliche Grundversorgung von illegalen Kindern und Jugendlichen zu gewährleisten.**
- 3. zu prüfen, welche Möglichkeit besteht, dass illegal hier lebende Kinder und Jugendliche Bildungseinrichtungen (Kindergärten, Grundschulen, weiterführende Schulen) besuchen können.**

Begründung:

Es gibt zur Zeit keine offizielle Statistik über die Anzahl von Menschen ohne jeglichen ausländerrechtlichen Aufenthaltsstatus. Es dürfte aber auch hier in Darmstadt zahlreiche so genannte „Papierlose“ geben.

Die Gründe hierfür sind vielfältig. Sie reichen von Schutzlücken für bestimmte Flüchtlingsgruppen über Regelungen des Ausländergesetzes, die Menschen in die Illegalität drängen, bis zu fehlenden Möglichkeiten legaler Zuwanderung. Prekäre Einwanderer sind längst Teil unserer Stadt. Wer heute aber nur mit befristetem Aufenthaltstitel oder gar mit einer Duldung lebt, befindet sich unter dem ständigen Druck, völlig rechtlos zu werden. Wer schon „ohne Papiere“ ist, lebt praktisch vogelfrei.

Von der Stadt Darmstadt sind bisher besondere Hilfen für Menschen ohne Aufenthaltspapiere nicht vorgesehen.

Andere Kommunen gehen beispielhafter vor:

- die Städte Freiburg und München zum Beispiel wollen ihren kommunalen Spielraum zugunsten illegalisierter Menschen ausschöpfen und den Zugang zum Gesundheits- und Bildungswesen erleichtern.

Wir halten das für vorbildlich und möchten, dass sich auch die Darmstädter Kommunalpolitik in diese Richtung bewegt.

Behandlungsvorschlag: Ausschuss Gleichstellung und interkulturelle Fragen

Rainer Keil



PDS/DKP
Offene Liste Darmstadt
Stadtverordnetenfraktion

Stadtverordneter